

Konstante Kulturlandfläche für verdichtetes Bauen

Art. 75 der Schweizerischen Bundesverfassung

(bisher)

¹ Der Bund legt Grundsätze der Raumplanung fest. Dies obliegt den Kantonen und dient der zweckmässigen und haushälterischen Nutzung des Bodens und der geordneten Besiedelung des Landes.

² Der Bund fördert und koordiniert die Bestrebungen der Kantone und arbeitet mit den Kantonen zusammen.

³ Bund und Kantone berücksichtigen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben die Erfordernisse der Raumplanung.

(neu)

⁴ **Die Kulturlandzone wird in ihrer Fläche erhalten und darf nicht vermindert werden. Umzonungen in Bauland sind nur erlaubt, wenn eine Fläche von gleicher Ausdehnung und vergleichbarer Beschaffenheit von Bauland in Kultur umgewandelt wird. Als Massstab gilt die Fläche der gesamten Schweiz.**

⁵ **Der Bund fördert die Einrichtung einer "Zonenbörse", welche Kompensation von Landwirtschafts- und Bauzonen reguliert. Dabei soll der Handel zwischen allen Ebenen (Bund, Kantone, Gemeinden) möglich sein.**

Was die Initiative erreichen will

Die Initiative zielt darauf ab, in der Schweiz ein Bewusstsein für einen sorgfältigeren Umgang mit unserem Boden zu schaffen. Es muss klar werden, dass diese Ressource begrenzt ist - egal wer sie verbraucht. Es muss klar werden, dass wenn Boden erst einmal verbaut ist, dieser kaum mehr in seinen ursprünglichen Zustand (Grünfläche) zurückgebracht werden kann.

Wenn das Bauland auf längere Sicht limitiert wird, führt dies mittelfristig zu einer Verteuerung der Bodenpreise. Folglich ist zu erwarten, dass die Bauherren bevorzugt mehr Wohnfläche pro Grundstück planen werden, damit die Rendite - welche durch den höheren Bodenpreis kleiner wird - insgesamt nicht sinkt. Das hat den Effekt, dass mehr Wohnraum geschaffen wird, folglich auch die Wohnungsnot entschärft wird, ohne dass neue Landreserven in den Agglomerationen "angezapft" werden müssen.

Die Initiative würde mittelfristig auch dazu führen, dass die Schweiz ein allgemein verbindliches Raumplanungskonzept schaffen müsste. Eine gesamtheitliche Planung unter Einbezug der Faktoren Arbeit, Wohnen, Verkehr etc. ist dringend nötig.

Was die Initiative konkret fordert

Die Initiative fordert eine konstant bleibende Kulturlandfläche. Die Bezugsgrösse ist die gesamte Schweiz, d.h. die Initiative lässt genug Spielraum für die einzelnen Kantone. Damit werden Kantone (GE, BS) und Gemeinden mit knappen Bodenreserven nicht benachteiligt und können bei Bedarf auch nach Annahme der Initiative noch weiteren Wohnraum schaffen. Damit wird dem föderativen Charakter der Schweiz Rechnung getragen.

Um diesen "Austausch" zwischen den Kantonen und den Gemeinden zu regeln, sieht die Initiative die Schaffung einer sogenannten "Zonenbörse" durch den Bund vor. Diese ermöglicht den Handel zwischen allen Ebenen (Bund, Kantone, Gemeinden). Sie ist zudem zuständig für Kompensationszahlungen. Da die "getauschten" Flächen einen unterschiedlichen Wert aufweisen, wird der "Empfänger" von Bauland (Bund, Kanton, Gemeinde) verpflichtet dem "Geber" die Differenz zu vergüten.